Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6930**

14. Wahlperiode 20. 09. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Christian Schmidt (Fürth), Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5550 –

Strukturpolitische Verantwortung für Bundeswehrstandorte übernehmen, die die Bundesregierung schließen oder verkleinern will

A. Problem

Einrichtung eines Konversionsprogrammes, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Kommunen und Regionen unterstützt, die von der geplanten Schließung oder Verkleinerung von Bundeswehrstandorten betroffen sind.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5550 – abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann Vorsitzender	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5550 – wurde in der 161. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass durch die von der Bundesregierung geplante Reduzierung der Bundeswehr gravierende Folgen für die wirtschaftliche und soziale Lage der betroffenen Kommunen zu erwarten seien. Die Standortschließungen und -reduzierungen erfolgten vorwiegend in strukturschwächeren Räumen. Die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Standortgemeinden sei in der Regel stark auf die Bundeswehr eingerichtet. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, ein Konversionsprogramm aufzulegen, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Kommunen und Regionen unterstützt, die von der geplanten Schließung oder Verkleinerung von Bundeswehrstandorten betroffen sind. Kernbestandteile dieses Programms müssten die verbilligte Abgabe von aufgelassenen Liegenschaften an die Kommunen und die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sein. Ferner müssten für Zivilbedienstete Umschulungen und Ausbildungskapazitäten bereitgestellt werden. Die Finanzierung des Konversionsprogramms darf nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU weder zu Lasten des Verteidigungsetats gehen noch sich darin erschöpfen, die vom Bund für die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur bereitgestellten Mittel lediglich umzulenken.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS gefasst.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit 6 Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung eines Mitgliedes der Fraktion der SPD und des Vertreters der Fraktion der PDS gefasst.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5550 – in seiner 53. Sitzung am 15. Mai 2001 abschließend beraten. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion der CDU/CSU zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, FDP und PDS gefasst.

Berlin, den 4. Juli 2001

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333